

# MILITARISIERUNG DES VERTEIDIGUNGSMINISTERIUMS

## Einführung eines neuen Planungs- und Führungsstabes

Man glaubt es nicht, was Interessenvertreter so alles von sich geben. Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB) wehrt sich gegen die Besetzung der Leitungsposition des neuen Planungs- und Führungsstabes mit einem Soldaten mit der Begründung, dies sei eine Militarisierung des Verteidigungsministeriums. Abgehobener geht es kaum noch, aber der Reihe nach. Der Bundeswehr geht es nicht gut. Sie hat von allem zu wenig, es mangelt an Personal, Material und Infrastruktur. „Und sie hat seit dem 24. Februar 2022 noch weniger“, so die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages bei der Vorstellung ihres Jahresberichtes in Berlin. Im Blick hatte Eva Högl dabei die Unterstützung der Ukraine durch rares Wehrmaterial der Streitkräfte.

Mehr, schneller und besser lautet nun die Devise für Boris Pistorius - der neue Verteidigungsminister legte einen rasanten Start hin. Er stürmte die Hitparade der beliebtesten Politiker, machte sich ein eigenes Bild von der Truppe und kündigte eine Verschlinkung des Verteidigungsministeriums an. Laut Medienberichten sollten 160 von 370 Leitungsstellen gestrichen und Stäbe in naher Zukunft aufgelöst werden.

Das hörte sich vielversprechend an: Die Bundeswehr und insbesondere das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) haben eben keineswegs von allem zu wenig. Hohe Stäbe und Ämter mit zahlreichen gut dotierten Stellen und gedoppelten Zuständigkeiten gibt es reichlich. Die Süddeutsche Zeitung regte eine „Wetten, dass-Wette“ an, die auch Boris Pistorius überfordern würde: die Hunderte Kästchen im Organigramm des BMVg aufzusagen. Deren Aufgaben zu erläutern, würde selbst alte Hasen überfordern.

### Von wegen Verschlinkung

Der nicht mehr ganz neue Minister hat bei Mitarbeiterversammlungen in Berlin und



Foto: Angie Ehinger

Bonn seine Pläne zur Reorganisation des Ministeriums vorgestellt. Die Zeitenwende solle schneller und kraftvoller umgesetzt und sichtbar gemacht werden. Als zentrales Element hierzu wird ein neuer Planungs- und Führungsstab eingerichtet, für den auf Stellen aus den Büros der Staatssekretäre, des Generalinspektors und des Ministers zurückgegriffen wird. Dieser neue Leitungsstab soll gemeinsamer Arbeitsmuskel aller Leitungsbüros werden. „Die Vorgänge auf der Leitungsebene sollen aus einem Guss sein“ wurde hierzu verkündet. Der neue Stab werde dafür sorgen, dass Entscheidungsvorlagen für die Leitung besser vorbereitet werden. Daneben werden zwei Stäbe in vorhandene Abteilungen überführt. Der organisatorische Umbau habe zum Ziel, die Abläufe zu verbessern und nicht Personal abzubauen wurde mit einer Pressemitteilung verkündet. In Ergänzung dazu soll der Sonderstab Ukraine in ein rund um die Uhr tätiges Lagezentrum überführt werden, um besser und schneller auf aktuelle Krisenlagen reagieren zu können. Von wegen Verschlinkung: aus einer zeitweise eingerichteten Organisation zur Unterstützung der Ukraine wird mit neuen Türschildern nun eine dauerhafte.

Bei denjenigen, die auf Boris Pistorius in Bezug auf die Straffung der unüberschaubaren und kaum steuerbaren Strukturen gesetzt hatten, macht sich Ernüchterung breit. Als grundlegende Reform ist die Einführung eines neuen Leitungsstabes für Planungs- und Führungsaufgaben nun wahrlich nicht zu verkaufen. Es werden mal wieder andere Bezeichnungen für vorhandene Aufgaben erfunden, die Einsparung von Stellen wird in die Zukunft verschoben, passiert jedoch nach aller Erfahrung nicht! Die sattsam bekannte Scheu vor dem Eingriff in vermeintliche Besitzstände lässt grüßen. Auch dieser Minister zögert offenbar, sich mit Interessenvertretern anzulegen. Erbhöfe sind mal wieder recht erfolgreich bei der Verteidigung ihrer Interessen. Militärs sind dabei mindestens so erfolgreich wie Zivilisten. Auf der Strecke bleiben die Steuerzahler und die Aufgabenerfüllung der Streitkräfte.

Ein vor Arroganz strotzendes Beispiel machte in den Medien die Runde:

„Die Umbaupläne von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius für sein Ressort stoßen bei den Zivilbeschäftigten der Bundeswehr auf scharfe Kritik. Das ist eine Militarisierung des Verteidigungsministeriums“, sagte die VBB-Bundesvorsitzende Imke von Bornstaedt-Küpper dem Berliner „Tagesspiegel“. Anlass für deren Kritik war die Entscheidung, mit Brigadegeneral Christian Freuding einen Soldaten als Leiter einzusetzen. Dieses zentrale Steuerungsorgan des Ministeriums werde künftig „... inhaltlich alle Vorlagen aus dem Haus (filtern), die an den Minister, die Staatssekretäre oder den Generalinspekteur der Bundeswehr gehen“. „Die Machtfülle des neuen, militärisch geführten Stabes empfinden wir als besorgniserregend“ äußerte von Bornstaedt-Küpper. Das Vertrauen des Ministers in die militärische Führung sei „offenbar grenzenlos“. Pistorius riskiere mit dieser Reform „den Zusammenhalt der Belegschaft ...“.

## Bundeswehr nicht im Gleichgewicht zwischen Leistungsfähigkeit und Anforderungen

Von der Militarisierung des Ministeriums zu reden, wenn eine Schlüsselaufgabe in militärische Hand gegeben wird, kann nur Gewerkschaftsvertretern einfallen. Für erfahrene Ministeriale ist dies ein altbekanntes Lied, die Schallplatte hat einen Sprung. Zivile Würdenträger verteidigen seit Jahrzehnten mit Klauen und Zähnen ihre Pfründe; nicht Kompetenz und Erfahrung sind aus deren Sicht entscheidend für die Besetzung von Dienstposten, sondern Statusfragen. Soldaten gehören demnach in die Streitkräfte und haben sich verwalten zu lassen. Dafür gebe es im Grundgesetz entsprechende Regelungen. Schließlich sei der Bundeswehr nach Art. 87 a Grundgesetz eine zivile Verwaltung vorgegeben. Dabei hatte es bereits einen ebenfalls militärisch geführten Planungsstab gegeben (2012 von Verteidigungsminister De Maizière aufgelöst). Man kann sich unschwer vorstellen, was passieren würde, wenn ein - wie in relevanten Partnerländern üblich - vollständiger Generalstab eingerichtet werden würde. Vermutlich würde behauptet, die ganze Republik werde militarisiert.

Die VBB-Kritik ist ein Vorgeschmack auf das was kommt, wenn tatsächlich einmal Dienstposten reduziert werden sollten. Genau dies ist aber unabdingbar, um sowohl im Ministerium als auch im nachgeordneten Bereich vorhandene Doppelstrukturen abzubauen, Abläufe zu beschleunigen und Stellen für die Truppe freizumachen. Zu viele Köche verderben bekanntlich den Brei. Bis vor einigen Jahren galt noch die Zielmarke von ca. 2000 Stellen für das Ministerium. Seit von der Leyen wurden mit fadenscheinigen Argumenten eine Reihe Detailsteuerungsaufgaben ins BMVg geholt, anstatt das Haus auf Planung, Lenkung und Kontrolle zu beschränken. An die 3000 in aller Regel hochdotierte Dienstposten sind an den beiden Dienstsitzen Berlin und Bonn schon wieder versammelt.

Unabhängig davon liegt in den erklärten Aufgaben des Planungs- und Führungsstabes eine Menge Zündstoff. „Der neue Stab wird dafür sorgen, dass die Entscheidungsvorlagen für die Leitungsebene besser vorbereitet werden“ heißt es (siehe oben). Die bisherigen Strippenzieher werden sich aber nicht ohne weiteres in die Schuhe schieben lassen, dass vordem Entscheidungsvorlagen nicht gut genug vorbereitet waren. Nach aller Erfahrung werden sich die Büros von Staatssekretären nicht von einem Stab kontrollieren und auf die Lieferung von Fachbeiträgen reduzieren lassen. Der frühere Planungsstab im Bundesministerium der Verteidigung hatte zwar eine Bewertungsaufgabe, aber auf andere Leitungsstellen keinen Zugriff. Das Ministerium quasi einem Planungs- und Führungsstab im Auftrag des Ministers zu unterstellen, wird nicht funktionieren. Hierzu verfügt der vorgesehene Stab mit 30 Dienstposten auch bei weitem nicht über ausreichend Arbeitskapazität. Es wird daher nicht lange dauern, bis dessen personelle Verstärkung gefordert wird und ein Miniatur-Ministerium im Ministerium entsteht. Wenn diese Kons-

truktion nicht funktionieren sollte, hätte man immerhin einen neuen Sündenbock. Allerdings wäre dieser in bedrohlicher Nähe zum Minister angesiedelt - mit absehbaren Folgen.

### Je unnützer einer ist, desto besser wehrt er sich

Wie diese unendliche Geschichte weitergeht, wird sich zeigen. Die Bundeswehr des Jahres 2023 befindet sich jedenfalls nicht in einem Gleichgewicht zwischen Leistungsfähigkeit und vorliegenden Anforderungen. In ihrer heutigen Struktur haben weder Ministerium noch Bundeswehr eine Zukunft. An der Fehlerdiagnose des früheren Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels hat sich nichts geändert: Strukturell aufgeblasene Ämter und Stäbe beschäftigen sich gegenseitig mit Bürokratie, niemand soll verantwortlich gemacht werden können. Der bekannte Satz „mehr Generale und Admirale als Kampfpanzer“ beschreibt die Probleme hinreichend.

In jedem Fall hat Minister Pistorius mit seinen Absichtserklärungen zur Reorganisation und Verschlan-  
kung des BMVg die Messlatte hochgelegt. Der Bundeswehr ist zu wünschen, dass die angekündigten Maßnahmen nicht erneut versanden und der in Teilen vorliegende Kontrollverlust insbesondere in Rüstungsfragen endlich beseitigt wird. Eine Planungsunterlage für die „Bundeswehr der Zukunft“ von Ministerin Kramp-Karrenbauer und Generalinspekteur Zorn liegt seit 2021 vor. Passiert ist – nichts!

„Je unnützer einer ist, desto besser wehrt er sich“ wusste der rumänische Schriftsteller Panait Istrati bereits 1928 zu sagen. Konsequente Schnitte sind gefragt, anstatt die Hängepartie endlos weitergären zu lassen. Im BMVg laufen nun mal eine Reihe Fäden zusammen, die für die äußere Sicherheit unseres Landes entscheidend sind. Es wird aber kein Weiterkommen geben, solange die Bediensteten im Ministerium weiterhin ihre Kraft in Selbstverteidigung vergeuden dürfen und die Tore von innen zuhalten.

In Treue fest!



Richard Drexel  
Oberst a.D.